

Die Judikatur hat die Probleme „gut im Griff“

Das Gespräch zwischen Ludwig Adamovic und Martin Petrowsky in Nr. 2 des *Zaunkönig* hat mich sehr beeindruckt, und es ist mir ein Bedürfnis dazu noch einiges zu sagen. L. A., der sicherlich als Koryphäe auf dem gegenständlich behandelten juristischen Gebiet anzusehen ist, hat überzeugend dargelegt, dass auch er nur die Fülle der Probleme und die Grenzen ihrer Lösbarkeit aufzeigen kann, die bei der Ausübung der Grundrechte einerseits und der nicht vermeidbaren Einschränkung derselben andererseits auftreten, und dass es schlussendlich stets dem Einzelfall überlassen bleibt, was zu dulden und was zu untersagen ist. Das Interview beweist, wie sehr in einem funktionierenden demokratischen Staatsgebilde Kollisionen bei der Ausübung der Grundrechte zwischen den einzelnen Staatsbürgern auftreten, wie unvermeidbar diese Kollisionen sind und wie sehr einer umfassenden gesetzlichen Regelung Grenzen gesetzt sind.

Das Recht der Religionsfreiheit würde im weitesten Sinne schließlich bedeuten, dass ein Mann auch mehr als eine Frau zur Ehegattin haben kann, nach Religionen des Islam oder der Mormonen wäre dies zulässig. Niemand in Österreich wird aber auf die Idee kommen, ein solches Recht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit einzufordern! L. A. berichtet vom Fall, wonach eine Klavierspielerin durch ihr Spiel Unmut ausgelöst hat und sich dann unter dem Deckmantel der Freiheit der Kunst auf ihr Recht zur Ausübung des Klavierspieles berief. Dieses Beispiel eines eher banalen Vorfalles zeigt, wie sehr Interessenkollisionen auftreten können. Höchstwahrscheinlich hat die Klavierspielerin den Unmut durch die Lärmentwicklung ausgelöst („Musik wird störend oft empfunden, weil stets sie mit Geräusch verbunden“, sagt schon Wilhelm Busch). Eine solche Interessenkollision kennen wir auch im Zusammenhang mit Kirchengeläute, also auf dem Gebiet der Religionsfreiheit. Das Kirchengeläute empfinden wohl (fast) alle Österreicher grundsätzlich als schön, viele wollen aber um 6 Uhr am Morgen oder gar um Mitternacht nicht gestört werden, um diese Uhrzeit kollidieren die Interessen der Ausübung der Religionsfreiheit mit dem Ruhewunsch der Bevölkerung. Mit dem gleichen Anspruch auf freie Religionsausübung könnten Muslime den Ruf des Muezzins verlangen, dies würde in Österreich vielfach abgelehnt werden, wie das Beispiel in Imst/Tirol in jüngster Zeit gezeigt hat. Es muss eben auch die „Ortsüblichkeit“ berücksichtigt werden, L. A. hat treffend auf das Abwägungsproblem verwiesen, zwischen dem Recht des Einzelnen und den Rechten jedes anderen ist abzuwägen.

M. P. verweist auf die Einschränkungen in Art. 13 und Art. 14 Staatsgrundgesetz für die Gebiete der Meinungsäußerung und der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Richtung, dass die „gesetzlichen Schranken“ einzuhalten sind und dass „den staatsbürgerlichen Pflichten kein Abbruch geschehen darf“. M. P. vermisst solche Gesetzesvorbehalte bei der Freiheit der Wissenschaft und Kunst. Ich glaube sogar, die erwähnten Einschränkungen wären überhaupt entbehrlich. Tatsächlich gelten nämlich derartige Einschränkungen auch ohne ausdrückliche Erwähnung und zwingend auch für die anderen Grundrechte, also im gleichen Sinn auch für die Freiheit der Wissenschaft und Kunst, nur ist hier die Formulierung noch schwieriger und wahrscheinlich auch deshalb unterblieben. Ich glaube, dies ist auch aus der Antwort L. A.s herauszulesen, er bestätigt ja, dass man versuchte, derartige Gesetzesvorbehalte auch auf dem Gebiet der Freiheit der Wissenschaft und



der Kunst zu formulieren, dass dies aber einfach nicht möglich erschien.

M. P. verweist auch völlig richtig auf das Problem, wonach unter dem Deckmantel der Freiheit der Kunst buchstäblich alles gesagt und ausgedrückt werden kann, weil „Kunst“ nicht definierbar ist und – wie L. A. dann zutreffend antwortet – sich jeder zum Künstler selbst ernennen kann. Dies ist völlig richtig, aber ich glaube, die Judikatur muss damit leben, dass eben jeder einzelne Fall letztendlich behandelt und beurteilt werden muss, eine gesetzliche Regelung aller zukünftig möglichen Einzelfälle erscheint einfach nicht möglich, ich glaube, dies würde zu einer Kasuistik führen, die keine Lösung bringt. Gerade die Freiheit der Kunst, die Hauptthema des Interviews war, ist wirklich immer nur nach dem Einzelfall zu beurteilen. L. A. hat völlig richtig gesagt, nicht jedes „Gekritzel“ kann als Kunst akzeptiert werden, und gerade auf dem Gebiet der Kunst ist die verbleibende Grauzone besonders schwer zu beurteilen. Es erscheint leicht, unter dem Deckmantel „Freiheit der Kunst“ alles und jedes unterzubringen, und genauso ist es schwer, dann im Einzelfall die Grenzen zu ziehen, insbesondere wenn durch ein „Werk“, das unter einem solchen Deckmantel hergestellt und publiziert wird, andere Interessen verletzt werden. M. P. erwähnt sehr treffend auch Egon Schiele. Seine Bilder sind großartig, zu Recht werden diese heute bewundert. Aber genauso verständlich erscheint mir, dass zu seiner Zeit (1890 bis 1918), nach der in der damaligen Zeit geltenden „Verkehrsauffassung“, die so wie die „Ortsüblichkeit“ zu berücksichtigen ist, einige seiner Bilder schlichtweg als untragbar, weil pornografisch, bezeichnet wurden. Wie schon gesagt, Kunst ist nicht definierbar, „Ortsüblichkeit“ und „Verkehrsauffassung“ wechseln. Die Grenze zwischen gerade noch zu dulgender Kunst und untragbarer Geschmacklosigkeit wechseln, ein Gesetzestext könnte allzu rasch überholt sein. Mir erscheint die Gesetzeslage nach dem Staatsgrundgesetz ausreichend und ich glaube, dass die derzeitige Judikatur in Österreich die Probleme „gut im Griff“ hat und dass wir auf weitere gute Judikatur der Höchstgerichte vertrauen dürfen.